

## **Rede Salam Fayyad, Herzliya Konferenz, 2. Februar 2010.**

Lieber Herr Rothschild, lieber Herr Barak, meine sehr geehrten Damen und Herren,

als ich die Einladung erhielt, hier vor ihnen zu sprechen, dachte ich, zu einer Podiumsdiskussion eingeladen zu sein, die von Herrn Rothschild moderiert wird. Das dachte ich sogar noch auf dem Weg hierher. Ich hätte die Möglichkeit begrüßt, an einer offenen und freien Diskussion zu einigen der wichtigen Fragen teilzuhaben, die uns beschäftigen. Nun finde ich mich hinter dem Rednerpult, und soll zu ihnen sprechen. Zwar habe ich das Gefühl, Ihnen dieses Geständnis schuldig zu sein, aber bitte fassen Sie es nicht als ein Zeichen von mangelndem Respekt auf. Ich wäre mit einer vorbereiteten Rede zu Ihnen gekommen, hätte ich gewusst, dass ich die Chance haben würde, hier vorzutragen. Wie dem auch sei: auf diese Weise habe ich die Möglichkeit, von Herzen zu Ihnen über die Dinge zu sprechen, die uns alle beschäftigen, und auf einige der Beiträge Bezug zu nehmen, die wir hier gehört haben.

Vor mir hat Herr Barak gesprochen, und ich möchte zuerst darüber sprechen, was er über die Zwei-Staaten-Lösung gesagt hat. Aus meiner Sicht hat er, wenn ich das so sagen darf, ein ziemlich überzeugendes Argument für eine Zwei-Staaten-Lösung aus israelischer Sicht vorgebracht. Wir Palästinenser stimmen damit überein. Wir müssen wirklich nicht von der Klugheit dieser Lösung überzeugt werden. Bereits 1988 haben wir Palästinenser unsere Bereitschaft signalisiert, dieses Konzept zu akzeptieren. In der Folge wurde die Zwei-Staaten-Lösung in den Oslo-Vereinbarungen förmlich festgehalten. Als wir Palästinenser Israels Existenzrecht und sein Recht auf Frieden und Sicherheit förmlich anerkannt haben, sind wir auch eine Reihe weiterer Verpflichtungen eingegangen. Dazu gehören Verpflichtungen im Bereich der Sicherheit, die damals wie heute relevant sind. Ich werde auf diesen Punkt später zurückkommen, möchte aber im Vorbeigehen schon anmerken, dass einige der Dinge, die in den Oslo-Abkommen vereinbart wurden, in der Folge nicht so eingetreten sind wie sie es hätten tun sollen.

Wie ich bereits erwähnt habe, haben wir Israels Existenzrecht und sein Recht auf Frieden und Sicherheit 1993 anerkannt. Zu dieser Verpflichtung, die wir damals eingegangen sind, stehen wir heute. Die Anerkennung des Rechts des palästinischen Volkes auf einen eigenen Staat haben wir damals nicht von Israel bekommen. Das wird oft übersehen. Die sogenannte Deklaration der gegenseitigen Anerkennung [Declaration of mutual recognition] sah für uns nur vor, dass wir als Volk durch die PLO vertreten werden würden. Das war alles. Dass so viele Verhandlungsjahre nicht zu der Art von Ergebnis geführt haben, das wir alle wollten, erklärt zum Teil unsere Herangehensweise.

Man könnte sagen, dass im Oslo-Prozess die Möglichkeit enthalten war, zu einem Staat für die Palästinenser zu führen. Nirgendwo steht das ausdrücklich, und selbst die Erwähnung der Möglichkeit wurde als inakzeptabel betrachtet. Ich will ganz offen zu Ihnen sein. Ich habe an mehreren internationalen Geberkonferenzen in den Neunzigern teilgenommen. Wenn man dort die Möglichkeit eines Palästinenserstaates erwähnte, verließen die Teilnehmer sofort den Raum, und eine Krise brach aus.

Mittlerweile ist es international konsensfähig, dass die Palästinenser ein Recht auf einen eigenen Staat haben. Im Jahre 2002 hat der damalige Präsident der Vereinigten Staaten,

George W. Bush, einen Vorstoß gewagt, den israelisch-palästinensischen Konflikt beizulegen, der mit der Besetzung 1967 begann. Er bezeichnete einen unabhängigen, souveränen und lebensfähigen palästinensischen Staat, der neben dem israelischen Staat in Frieden und Sicherheit bestehen würde, als mögliches Ergebnis eines Friedensprozesses. Ich denke, dass die palästinensische Staatlichkeit und Souveränität damit international konsensfähig geworden ist.

Ein zweiter wichtiger Punkt, den Minister Barak heute angesprochen hat, ist die Region als problemgeladen wahrzunehmen. Es war und ist ein Problemkiez, schon für viel zu lange Zeit, für viele Jahrzehnte. Um unsere Konflikte beizulegen, muss das, was 2002 zum internationalen Konsens geworden ist, umgesetzt werden. Erst wenn die Besatzung zu Ende geht, die 1967 begonnen wurde, und wenn uns Palästinensern das zuerkannt wird, was ein absolutes Recht für alle Völker dieser Erde ist, nämlich in Frieden und Freiheit in einem Land nach eigenen Gesetzen zu leben, und zwar neben dem Staat Israel, dann werden wir alle gemeinsam von den Gütern profitieren, die das Ende des Konfliktes mit sich bringen wird: von einem dauerhaften Frieden, von einem gerechten Umgang miteinander, von verminderten Spannungen, und von Stabilität.

Die Arabische Friedensinitiative ist ein Rahmen, in dem alles das erreicht werden kann. Die gegenseitige Anerkennung, Gerechtigkeit und Fairness, die ein Friedensschluss bringen könnte, würden meiner Meinung nach ungemein dazu beitragen, sowohl Sicherheit als auch Stabilität zurückzugewinnen, die uns schon viel zu lange mangeln. Ich glaube, dass es das ist, was wir wirklich brauchen. Ich stimme Minister Barak zu, dass wir nicht wirklich noch mehr Annäherungsgespräche brauchen, um herauszubekommen, worauf wir zusteuern müssen. Sicherheit, Stabilität und Frieden herzustellen muss die Grundlage der Gespräche sein, und daran arbeiten wir sehr hart. Es ist aber meine Auffassung, dass kein dauerhafter Frieden möglich sein wird, wenn die Idee eines souveränen, lebensfähigen und unabhängigen palästinensischen Staates nicht anerkannt wird.

Wir Palästinenser sind bereit, an 1988 anzuknüpfen. Damals haben wir die Zwei-Staaten-Lösung akzeptiert. Das war der Beginn eines Prozesses, und wenn wir mehr Zeit auf die Inhalte, und weniger auf den Prozess als solchen verwendet hätten, wären wir vielleicht schneller dorthin gekommen, wo wir auch heute noch hinwollen. Diese Region ist schon viel zu lange in Konflikte verstrickt und es ist kein Geheimnis, dass wir uns in einer Sackgasse befinden. Es mag so aussehen, als wären unsere Ziele bedroht, weil es keinen offiziellen politischen Friedensprozess gibt. Aber um ihnen die Wahrheit zu sagen: in den nun schon mehr als sechzehn Jahren seit Oslo hat es nicht an Verhandlungen gemangelt. Es gab sehr viele Verhandlungen. Was wir wirklich brauchen, sind Verhandlungen, die auf festgeschriebenen Prinzipien beruhen, und Lehren aus den Verhandlungen der letzten sechzehn Jahre ziehen. Wir dürfen keine weiteren sechzehn Jahre verlieren, bevor wir eine Lösung finden.

Welche Lehren können wir aus den vergangenen Verhandlungen ziehen? Für uns Palästinenser gibt es bestimmte Problemfelder, in denen es endlich Entwicklungen in eine bestimmte Richtung geben muss. Wir müssen mit neuem Schwung an die Verhandlungen von 1993 anknüpfen. Damals wurde unser Recht auf einen eigenen Staat nicht anerkannt,

sondern nur unser Recht auf Vertretung durch die PLO. Statt wieder durch diesen Prozess zu gehen, müssen wir aus den vergangenen Verhandlungen lernen. Wir müssen die Dinge so angehen, dass unsere Bevölkerung und die ganze Welt glauben kann, dass die Besatzung im Begriff ist, rückgängig gemacht zu werden. Wir müssen Weitblick beweisen, und das ist auch für uns Palästinenser eine Herausforderung. Wir müssen uns einig darüber werden, dass ein Palästinenserstaat ein Ergebnis des Friedensprozesses sein sollte. Das sehe ich als einen Kernpunkt für den politischen Prozess, nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse der Bürger Israels, der Region, und der ganzen Welt.

Aus diesem Grunde haben wir Palästinenser uns entschieden, unserer Verantwortung gerecht zu werden und uns auf einen eigenen Staat vorzubereiten. Das ist es, was uns im Augenblick vollständig beschäftigt. Wir bemühen uns um den Aufbau von Regierungsinstitutionen, die unserer Bevölkerung kompetent, effektiv, fair und transparent Leistungen zur Verfügung stellen können. Das versuchen wir in allen Bereichen, auch im Sicherheitsbereich. Dieser Bereich ist nicht nur für Israelis wichtig, sondern auch für Palästinenser. Seit 2007 befinden wir uns in der katastrophalen Situation, dass Gaza und die Westbank voneinander abgetrennt sind. Trotz dieser Schwierigkeit konzentrieren wir uns darauf, unsere Strukturen aufzubauen. Darauf werde ich in Kürze zurückkommen.

Wir haben uns anfangs vollständig auf den Bereich konzentriert, der wie kein anderer in der Verantwortung eines jeden Staates gegenüber seinen Bürgern liegt, nämlich Sicherheit und Recht und Ordnung herzustellen. In unserem Fall ist es natürlich offenkundig, dass unsere Sicherheitspolitik eine wichtige regionale Komponente aufweist, die Israel betrifft. Ich habe die Roadmap so verstanden, dass sie sich dieser regionalen Sicherheitskomponente bewusst ist, und so haben wir es auch an unser Volk weitergegeben. Nach meinem Verständnis nimmt es die Roadmap als gegeben hin, dass der Friedensprozess einen unabhängigen und souveränen palästinensischen Staat hervorbringen und die israelische Besatzung beenden sollte. Auf der Grundlage dieses Verständnisses haben wir unsere Sicherheitspolitik ausgearbeitet.

Nur so verstanden machen die Forderungen an Palästinenser und Israelis Sinn, die in der Roadmap formuliert werden. Auf palästinensischer Seite dreht sich die Roadmap um den Aufbau unserer Institutionen, damit wir in der Lage sein werden, Regierungsaufgaben in allen Bereichen zu übernehmen. Dazu gehört zwar auch Sicherheit, aber es geht nicht nur um Sicherheit. Es geht auch um Management, ökonomische Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit usw. Die Forderungen an die israelische Seite setzen das Ziel, der Besatzung ein Ende zu machen und einen unabhängigen und souveränen Palästinenserstaat zu gründen, voraus. Sie legt über das uneingeschränkte Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung hinaus sogar noch weitere Punkte fest, die mit diesem Ziel in Einklang stehen. So verstand ich jedenfalls damals, und so verstehe ich bis heute, die Vereinbarungen von Oslo. Zu diesen Punkten gehört das Ziel des vollständigen Siedlungsstopps, weil der unabhängige, souveräne und lebensfähige Palästinenserstaat, auf den das Dokument hinführt, in eben jenen Gebieten entstehen wird, in denen Siedlungsaktivitäten ihren Fortgang nehmen, während wir uns hier heute Abend unterhalten. Der Grund dafür, dass die Forderung nach einem Siedlungsstopp in die Roadmap aufgenommen wurde, ist, dass sie auf einen Staat für die Palästinenser hinführt.

Die Roadmap enthält weitere wichtige Forderungen. Dazu gehören Forderungen im Bereich der Sicherheit; insbesondere die Forderung, die die Operationen israelischer Streitkräfte auch in jenen unserer Gebiete betreffen, die von unseren eigenen Sicherheitskräften erfolgreich kontrolliert werden. Wir haben große Fortschritte gemacht, die Sicherheit sowohl unserer Bevölkerung als auch der Israelis zu garantieren. Trotzdem dauern die Interventionen der israelischen Streitkräfte in diesen Gebieten an.

Ich habe davon gesprochen, dass die Dinge sich so entwickeln müssen, dass unsere Bevölkerung, die Menschen in der Region, die israelische Öffentlichkeit und die ganze Welt den Eindruck haben können, dass die Besatzung ein Ende nehmen wird. Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, wenn diese Interventionen unterblieben. Bis zum Frühling 2002 sind israelische Streitkräfte nicht in die sogenannten A-Gebiete vorgedrungen. Danach begannen sie in diese Gebiete einzudringen, und sie tun das bis zu dem heutigen Tag. Ich bin der Ansicht, dass diese Interventionen unterbleiben müssen. Immer wieder haben Sie betont, dass Sicherheit die Hauptsache sei. Das ist in der Tat der Fall. Wir verstehen die Sicherheitsbedürfnisse Israels. Wie ich gerade gesagt habe, ist Sicherheit jedoch nicht nur ein Interesse der Israelis, sondern auch ein palästinensisches Interesse. Es wird nie vollständige Sicherheit geben, bis es Sicherheit sowohl für Israel, als auch für Palästinenser, und für alle unsere Partner in der Region geben wird.

Dass die Sicherheitssituation sich deutlich verbessert hat, wissen einige von Ihnen aus eigener Erfahrung, und niemand wird es bestreiten. Deshalb denke ich, dass es spätestens jetzt an der Zeit ist, dass die Interventionen Israels in diesen Gebieten ein Ende finden. Dass sie ein Ende finden, sollte als Schritt auf dem Weg zur Beendigung der Besatzung verstanden werden. Der nächste Schritt wäre, dass wir Palästinenser eigene Sicherheitskräfte außerhalb der A-Gebiete einsetzen können, denn nichts ist in größerem Maße konstitutiv für einen Staat, als seine eigenen Sicherheitskräfte einzusetzen, statt die Sicherheitskräfte einer Besatzungsmacht. Es muss endlich etwas geschehen, das als Hinweis gewertet werden kann, dass die Besatzung ein Ende nehmen wird.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung bezieht sich auf die Situation in Jerusalem. Ich sage es noch einmal: auch hier sind vertrauensstiftende Maßnahmen gefragt, die den Menschen zeigen, dass wir daran arbeiten, die Besatzung zu beenden, und einen palästinensischen Staat in den Gebieten zu ermöglichen, die 1967 besetzt wurden. Ost-Jerusalem ist ein palästinensisches Gebiet, das 1967 besetzt wurde. Nun wurde über Jerusalem schon viel geredet. Wir haben auch Aussagen israelischer Politiker gehört, in denen Jerusalem als die ewige und unteilbare Hauptstadt Israels bezeichnet wird. Ich bin hier um Ihnen zu sagen, dass über Jerusalem noch gar nichts entschieden wurde. Auch nicht in Oslo, wo eine Lösung für Jerusalem auf das Ende des Friedensprozesses vertagt wurde. Über Jerusalem ist nichts entschieden. Ost-Jerusalem wurde 1967 besetzt. Das ist nicht der Endstatus, der uns allen vorschwebt. Wir Palästinenser halten uns an die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, bis es eine dauerhafte und nachhaltige Lösung geben wird, die Frieden, Sicherheit, Ruhe und Seelenfrieden für jeden ermöglicht. Wir stehen unverändert zu den Verpflichtungen, die wir eingegangen sind. Das bezeugen unsere Taten so sehr wie unsere Worte. Wir handeln entsprechend unserer Worte, soweit es irgend möglich ist. Wir warten auf die Gelegenheit, in Freiheit und Würde auf 22% des historischen Palästina leben zu können.

Ich komme noch einmal zu der Erklärung, die wir 1988 abgegeben haben und die 1993 formell verbindlich geworden ist. Unsere Forderungen entsprechen dem Geiste dieser Erklärung. Viele Israelis trivialisieren die Probleme, die mit den Siedlungsaktivitäten verbunden sind. Sie sagen Dinge wie: "Warum regen sich die Palästinenser so sehr auf, wenn die Siedlungsaktivitäten während der Friedensverhandlungen weitergehen?" Von dieser Perspektive stellt sich die Frage, warum die Palästinenser gerade während der Friedensverhandlungen die Siedlungspolitik angreifen, obwohl diese die ganze Zeit andauert. Die Frage scheint einen gewissen Sinn zu machen, wenn man in materialistischen Begrifflichkeiten über die Siedlungsaktivitäten nachdenkt. Dann reduziert sich alles auf die Frage: Warum werden die Friedensverhandlungen so sehr beeinträchtigt, nur weil in irgendeiner Siedlung ein kleines Stückchen Zaun für einen Kindergarten gebaut wird?

In der Tat handelt es sich in einem gewissen Umfang um ein materielles Problem, denn der palästinensische Staat soll genau dort seinen Platz finden, wo die Siedlungen weiterhin aufgebaut werden. Aber es kommt eine weitere Dimension hinzu, die ähnlich wichtig ist, und das ist die politische Dimension. Im Kern sind es diese politischen Gründe, die unsere Vorbehalte und Sorgen ausmachen. Sogar nach fast einem Jahr diplomatischer Bemühungen um gute Grundlagen für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen, nach allen diesen Anstrengungen, die von den Vereinigten Staaten angeführt werden, wurde so etwas grundlegendes wie die Einstellung der Siedlungsaktivitäten nicht erreicht. Deshalb stellt sich mir die politische Frage: Wie zuversichtlich können dann nicht nur wir Palästinenser, sondern auch die Israelis und die internationale Gemeinschaft insgesamt sein, dass wenn der Friedensprozess wieder aufgenommen würde, dieser Prozess die Resultate wie die endgültige Lösung der Statusfragen und das Ende der Besatzung würde zeitigen können? Das beschäftigt uns. Der Siedlungsstopp ist also nicht nur unter materiellen Gesichtspunkten wichtig, sondern vor allem in diesem politischen Sinne.

Es ist nicht so, dass wir dieses Mal zum ersten Mal verhandeln würden. Der Prozess dauert schon viel zu lange an. Wenn wir etwas aus der Vergangenheit lernen wollen, und wenn wir unser Ziel schnell erreichen wollen, das uns schon seit so langer Zeit aus den Augen geraten ist, dann müssen wir jetzt endlich anfangen und die Fragen bearbeiten, die strittig sind. Wir fangen damit auf unserer Seite an, indem wir die Verantwortung dafür übernehmen, uns auf einen eigenen Staat vorzubereiten. Das bedeutet, vor allem unserer eigenen Bevölkerung Leistungen zu liefern, in vollem Einklang mit den Rahmenvereinbarungen, die unsere Beziehung zur internationalen Gemeinschaft bestimmen. Und dazu gehört auch der Staat Israel.

Dass wir uns der Aufgabe angenommen haben, uns auf die Eigenstaatlichkeit vorzubereiten, wurde von einigen mit Besorgnis aufgenommen. Diese Sorgen begründen sie mit dem Missfallen über unser unilaterales Vorgehen. Ich bin hier, um Ihnen allen zu sagen, dass wir in der Tat unilateral vorgehen. Und so soll es auch sein, weil es darum geht, einen palästinensischen Staat aufzubauen. Es geht darum, sich bereit zu machen für eigene Staatlichkeit. Wer wird einen palästinensischen Staat für uns aufbauen, wenn nicht wir Palästinenser? Es geht hier nicht darum, einen Staat auszurufen. Es geht darum, sich auf einen eigenen Staat vorzubereiten. Der Weg, den wir beschreiten, soll den politischen Prozess nicht behindern, sondern er soll ihn befördern. Diese beiden Pfade bestärken sich

gegenseitig. Der Pfad des politischen Dialogs ist unbedingt notwendig, weil er ein Ende der Besatzung bringen wird. Dafür brauchen wir von der internationalen Gemeinschaft unterstützte Verhandlungen, angeführt durch die Vereinigten Staaten, wie es schon lange der Fall ist. Der Pfad, auf dem wir uns für die eigene Staatlichkeit vorbereiten, steht nicht im Widerspruch zu den Zielen der internationalen Gemeinschaft und dem politischen Dialog. Er wird diese Ziele befördern, so wie der politische Dialog uns einem eigenen Staat näherbringen wird.

In diesem Geist haben wir mit unseren Vorbereitungen begonnen. Um ganz transparent zu sein: die Idee ist, für die Eigenstaatlichkeit vorbereitet zu sein, wenn es soweit sein wird. Wir haben die Vorbereitungszeit auf zwei Jahre festgelegt. Diese zwei Jahre enden Mitte 2011. Wir wollen alles tun, um bis dahin bereit für einen eigenen Staat zu sein. Und wir sind zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, trotz allen den Rückschlägen, auf die ich hingewiesen habe. Wir sind zuversichtlich, weil wir in den letzten Jahren in wichtigen Bereichen Fortschritte gemacht haben. Dazu gehört der Bereich der Sicherheit, aber nicht nur dieser Bereich. Auch Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik, und der Aufbau von Verwaltungsstrukturen gehören dazu. In den letzten zwei Jahren konnten wir mehr als 1000 Entwicklungsprojekte im ganzen Land umsetzen.

Das haben wir geschafft. Und wir haben bereits begonnen, die nächsten Projekte umzusetzen. Sie zielen darauf, unbedingt benötigte Leistungen wie Sozialleistungen und Infrastruktur bereitzustellen – eben solche Leistungen, wie man sie von einer funktionierenden Verwaltung erwartet. Mit dem Aufbau einer gut funktionierenden Monitoring-Agentur haben wir die Grundlage für eine zukünftige Zentralbank von Palästina gelegt. In einigen Bereichen erreichen unsere Leistungen ziemlich hohe internationale Standards. Deshalb sind wir zuversichtlich, obwohl uns viele Steine in den Weg gelegt wurden. Ich erinnere noch einmal an die Mitte des Jahres 2007, als alle diese Dinge fast unmöglich aussahen, vor allem im Bereich der Sicherheit, aber auch in den anderen Bereichen.

Wir wollen unsere Vorbereitungen Mitte des Jahres 2011 abgeschlossen haben. Das ist es, worum sich alle unsere Aktivitäten drehen, wirklich. Wir handeln vollständig transparent. Bis dahin wollen wir die kritischsten Hürden genommen, und positive Veränderungen vor Ort bewirkt haben. Das steht im Einklang mit dem Ziel, einen palästinensischen Staat einzurichten. Während der politische Dialog bisher noch nicht zu einer Lösung geführt hat, werden diese positiven Veränderungen vor Ort Druck in einem solchen Ausmaß auf den Verhandlungsprozess ausüben, dass das Ende der Besatzung eingeleitet werden wird. Das ist die Theorie. Wenn wir erfolgreich sein werden, und ich hoffe sehr, dass wir erfolgreich sein werden, dann werden Menschen aus allen Ecken der Welt nicht umhin kommen anzuerkennen, dass wir in der Tat etwas aufgebaut haben, was in so ziemlich allen Bereichen wie ein gut funktionierender Staat aussieht. Das einzige, was dann unnormal an diesem Staat aussehen wird, wird die Besatzung sein, von der ohnehin jedermann denkt, dass sie enden sollte. Das ist die ganze Theorie. Das ist, wofür wir arbeiten.

Dieser Ansatz wurde richtig als bottom-up Ansatz beschrieben. Damit er aber erfolgreich sein kann, muss ein top-down Ansatz hinzukommen. Dieser top-down Ansatz muss die

politische Vision eines palästinensischen Staates glaubhaft machen. Das ist für uns wichtig, aber auch für unsere Partner in der internationalen Gemeinschaft, die in uns investiert haben. Ihnen muss der Sinn für die Möglichkeit erhalten werden, unser Ziel zu erreichen. Denn genau wie wir, sind unsere Partner nicht daran interessiert, sich weiter für dieses Projekt zu engagieren, wenn sie nicht an dessen Erfolg glauben. Mit Engagement meine ich nicht nur finanzielle und wirtschaftliche Hilfe, sondern auch politische und moralische Unterstützung.

Ich bin stolz darauf sagen zu können, dass unsere Arbeit dazu beiträgt, das Vertrauen in unsere Unternehmung zu stärken. Darum geht es uns. Vertrauen ist wichtig für sich genommen, und wir versuchen dieses Vertrauen mit all unserer Kraft aufzubauen. Dafür übernehmen wir die Verantwortung. Aber Vertrauen ist nur ein Teil dessen, was benötigt wird. Für sich genommen reicht es noch nicht aus. Unser Land muss geeint werden. Der derzeitige Zustand der Trennung muss überwunden werden. Der palästinensische Staat, auf den wir hoffen, befindet sich auf dem Gebiet, das 1967 besetzt wurde. Das sind der Gaza-Streifen und das Westjordanland, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt.

Deshalb denke ich, dass die Belagerung Gazas aufhören muss. Da ich die Gelegenheit habe, vor diesem auserwählten Publikum zu sprechen, will ich nicht versäumen Ihnen zu sagen, dass ich die Belagerung Gazas für falsch halte, und für einen Schritt in die falsche Richtung. Ich stehe dafür ein, dass diese Belagerung ein Ende nehmen muss. Entgegen der Allerweltsmeinung halte ich dafür, dass ein Ende der Blockade von Gaza eine positive Entwicklung einleiten würde, die auf eine Wiedervereinigung des Landes hinführt. Die Allerweltsmeinung ist oft falsch. In diesem Fall bin ich sicher, dass sie im Unrecht ist. Niemand hat ein Interesse daran, dass Gaza weiterhin abgeschlossen bleibt. Und ich kann nicht umhin Ihnen zu sagen, dass auch ich es für falsch halte.

Auch für unsere Bevölkerung ist es wichtig, das Verfassungsrecht auf freie Wahlen wahrnehmen zu können. Vor ein paar Jahren hätte es Wahlen geben sollen. Viel Zeit ist seitdem ins Land geflossen, aber Wahlen haben noch immer nicht stattgefunden. Zwar handelt es sich hier um eine Anforderung, die von der Verfassung vorgegeben ist, aber heute sprechen wir nicht einmal mehr von irgendwelchen Wahlen. Es gibt viele solcher Punkte. In Gaza muss viel geschehen. Wie ich gesagt habe, haben wir in den letzten Jahren viele Dinge im Westjordanland erreichen können. In Gaza können wir in sehr viel kürzerer Zeit noch sehr viel mehr erreichen. Wir müssen nur die Möglichkeit bekommen, es zu tun. Damit wir diese Gelegenheit bekommen, muss die Belagerung aufhören, und der derzeitige Zustand der Trennung muss ebenfalls ein Ende nehmen.

So sehen wir die Angelegenheit. Ich habe etwas länger gesprochen, als meine Redezeit eigentlich zuließ. Aber ich möchte nicht enden, bevor ich Ihnen noch einmal meinen Dank dafür ausgedrückt habe, dass ich hier eine palästinensische Perspektive vortragen konnte. Wir haben es mit einem Fall zu tun, in dem zwei diametral entgegengesetzte Narrativen aufeinanderprallen. Darüber könnten wir lange reden, aber wenn wir das täten, würden wir uns wahrscheinlich nicht einigen können. Israelis haben eine lange Geschichte, erdulden Schmerzen, und sie haben Hoffnungen für die Zukunft. Wir erkennen all das an. Genau wie Sie, haben auch wir Palästinenser unsere eigene Geschichte. Zurzeit gehen wir durch sehr

viel Schmerz und Leid. Wir haben aber auch eine zentrale Hoffnung. Und das ist, neben euch in Frieden, Harmonie, und Sicherheit leben zu können. Das wird meiner Meinung nach dazu führen, dass diese Region weniger problembeladen werden wird, als sie es heute ist. Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Möglichkeit hier zu sprechen.